

Antrag 153/I/2020 Jusus LDK
Die Amtszeit Maaßen aufklären

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der aufklären soll, ob und wie Hans-Georg Maaßen als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz rechten Organisationen Vorschub geleistet hat. Des Weiteren soll der Untersuchungsausschuss klären, inwiefern seine Handlungen die grundsätzliche Arbeit des Verfassungsschutzes während seiner Amtszeit beeinflusst haben und welche dieser Strukturen heute noch bestehen. Ziel ist es, aus diesen Untersuchungen konkrete politische Forderungen zur Zukunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz resultieren zu lassen.

Überweisen an

Bundesparteitag 2021, Landesgruppe

Stellungnahme(n)

Stellungnahme der Landesgruppe 2022:

Ein Untersuchungsausschuss zur Amtszeit Maaßen ist aktuell nicht geplant. Als zentrales Instrument zur Aufhellung möglicher rechter Strukturen in den Sicherheitsbehörden dient der „Lagebericht Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden“, der im Mai zum zweiten Mal veröffentlicht wurde. Zusätzlich werden auch zur besseren die Ausweitung von Sicherheitsüberprüfung für Einstellungen bei der Bundespolizei, die Einrichtung eines Bundes-Polizeibeauftragten, die Verbesserung der Supervision sowie die Umsetzung des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus und besonders die Anpassung des Bundesdisziplinarrechts zur Entfernung von Verfassungsfeinden vorangetrieben.

Beschluss des BPT 2021: überwiesen an SPD-Bundestagsfraktion